

Limburger Anzeiger

Zugleich amtliches Preisblatt für den Kreis Limburg und für die in der neutralen Zone liegenden, von ihren Kreishauptstädten abgeschnittenen Ortschaften der Kreise Unterlahn, Untertaunus, Rheingau und St. Goarshausen.

Erscheinungsweise: täglich (nur werstage).
Bezugspreis: vierteljährlich 4.95 M. ohne Postbestellgeb.
Telefon Nr. 82. — Postfachkonto 24915 Frankfurt a. M.

(Limburger Zeitung) Begr. 1838 (Limburger Tageblatt)
Verantwortlicher Redakteur Hans Antbes,
Druck und Verlag der Firma Schindler Verlag und Buchdruckerei
in Limburg a. L. Rohn.

Anzeigenpreis: die 6-spaltige 3-Millimeterzeile oder deren Raum 40 Hg. Die 91 mm breite Werbefläche 1.20 M.
Anzeigenannahme bis 4 Uhr nachmittags des Vortages.

Nummer 33

Limburg, Mittwoch den 13. Februar 1920

83. Jahrgang

Die Entente-Antwort in der Auslieferungstrage.

Paris, 16. Febr. In der von Savas veröffentlichten Antwortnote an die deutsche Regierung in der Auslieferungstrage nehmen die Alliierten Akt von der durch die deutsche Regierung abgegebenen Erklärung, daß sie bereit ist, vor dem obersten Reichsgericht in Leipzig ein mit den vollständigsten Garantien versehenes Strafverfahren gegen alle Deutschen einzuleiten, deren Auslieferung die Alliierten verlangt haben. Sie befehlen sich vor, an Hand der Tatsachen den guten Willen Deutschlands an der Verurteilung der begangenen Verbrechen und den aufrichtigen Wunsch, an deren Bestrafung mitzuwirken, zu bemessen. Die Mächte behalten sich ferner das Recht vor, zu prüfen, ob das von Deutschland vorgeschlagene Verfahren nicht schließlich darauf hinausläuft, die Schuldigen der gerichtlichen Bestrafung für ihre Vergehen zu entziehen. Die Alliierten würden in einem solchen Falle voll und ganz ihre Rechte ausüben und die Schuldigen vor ihre eigenen Gerichte stellen. Endlich erklären die Alliierten, daß das Verfahren in keinem Falle die Bestimmungen der Artikel 228 und 230 des Friedensvertrages aufhebt. Die von der deutschen Regierung selbst vorgeschlagene, und von ihr unverzüglich in die Hand zu nehmende strafrechtliche Verfolgung ist vereinbar mit der Durchführung des Artikels 228 des Friedensvertrages und ausdrücklich am Ende des ersten Absatzes dieses Artikels vorgesehen. Getreu dem Buchstaben und dem Geiste des Vertrages werden die Alliierten sich hüten, sich irgendwie in das Verfahren, die gerichtliche Verfolgung und das Urteil einzumischen, um so der deutschen Regierung ihre volle und ganze Verantwortlichkeit zu überlassen.

Die Ententenote an Holland.

Die Ententenote an Holland ist ein sehr ausführliches Schriftstück, in dem Holland die moralische Verantwortung auferlegt wird für politische Gefahren, die sich aus dem Aufenthalt Wilhelms II. in Holland ergeben. Am Schluß wird trotz der Wiederholung der Auslieferungsforderung die Möglichkeit durchblicken lassen, daß die Entente sich mit einer festen Internierung des Kaisers in Holland oder außerhalb zufrieden geben würde. Es heißt: Von diesem Gesichtspunkt aus und nicht ausschließlich vom nationalen Standpunkt aus haben die Mächte die königliche Regierung gebeten, ihnen Wilhelm von Hohenzollern auszuliefern und erneuern sie heute ihr Gesuch. Die Mächte mögen der Regierung der Niederlande in Erinnerung bringen, daß sie, falls sie darauf verharren, sich um die Anwesenheit der kaiserlichen Familie auf holländischen Gebiet so nahe an der Grenze nicht zu bekümmern. Sowohl direkt verantwortlich ist dafür, einen Verbrecher vor den Forderungen des Rechts in Schutz zu nehmen, als auch verantwortlich für eine für Europa und die ganze Welt so gefährliche Propaganda. Die ständige Anwesenheit des früheren Kaisers unter durchaus unwirksamer Kontrolle in geringer Entfernung von der deutschen Grenze, so daß er das Zentrum einer tätigen und wachsenden Intrige werden könnte, stellt für die Mächte, die zur Beseitigung dieser tödlichen Gefahr übermenschliche Opfer gebracht haben, eine Bedrohung dar, die anzunehmen man nicht verlangen kann. Die Mächte haben die Absicht, solche Maßnahmen zu ergreifen, wie sie ihnen ihre eigene Sicherheit gebietet. Die Mächte können das peinliche Gefühl nicht verhehlen, das ihnen die Weigerung verursachen würde, den früheren Kaiser auszuliefern, ohne irgend eine Prüfung der Möglichkeit, wie die Bedenken Hollands in Einklang gebracht werden könnten mit jenen wirksamen Vorkehrungsmaßnahmen, sei es an Ort und Stelle, sei es in der Entfernung des früheren Kaisers vom Schauplatz seines Verbrechens, durch die er gleichzeitig außerstande gesetzt wäre, auf Deutschland zukünftig seinen ungünstigen Einfluß auszuüben.

Die polnische Auslieferungsliste.

Ein polnischer Vertragsbruch.

Berlin, 16. Febr. (M.Z.) Bekanntlich beteiligte sich an der Aufstellung der Auslieferungsliste auch Polen, das darin nicht weniger als 51 Personen des Kriegsverbrechens beschuldigt.

Daß Polen einen derartigen Schritt tun würde, wurde in der polnischen Presse in letzter Zeit verschiedentlich angekündigt. Diese Nachrichten erschienen aber zunächst kaum glaubhaft, da Polen in aller Form auf seine aus dem Artikel 228 des Friedensvertrages sich ergebenden Rechte verzichtete. Der deutsch-polnische Amnestievertrag vom 1. Oktober 1919 bestimmt nämlich im Artikel 6, daß jeder vertragschließende Teil volle Straffreiheit für alle vor Inkrafttreten dieses Vertrages gerichtlich oder disziplinarisch strafbaren Handlungen gewährt, die auf militärische, politische und nationale Betätigung zugunsten des andern Teiles zurückzuführen sind.

Schon der Wortlaut dieser Bestimmung stellt außer Frage, daß damit alle auf dem Gesamtgebiet der beiden Staaten zu irgend einer Zeit vor dem Inkrafttreten des Vertrags begangenen Handlungen militärischen, politischen oder nationalen Charakters reiflos amnestiert werden sollten. Zum

Ueberfluß wurde aber bei den Verhandlungen, die zum Abschluß des Vertrages führten, gerade die Frage der Auslieferung auf deutsche Militärs und Beamte, die während des Krieges sich in Kongresspolen befanden, zwischen den deutschen und polnischen Unterhändlern eingehend, und zwar unter ausdrücklicher Bezugnahme auf die Auslieferungsbestimmungen des Friedensvertrages erörtert. Die polnischen Delegierten erklärten damals gegenüber den deutschen Unterhändlern: Es war schwer, das Einverständnis ihrer Regierung zu einer derartigen weitgehenden Bestimmung zu bekommen, aber es gelang ihnen schließlich doch. Als Beispiel des Amnestiefalles wurde dabei gerade der Fall des jetzt auf der Auslieferungsliste stehenden früheren Verwaltungschefs von Kries erwähnt, von dem die polnischen Delegierten erzählten, daß ihre Regierung ursprünglich eine Auslieferung verlangte wollte. Es bestand jedoch bei der Unterzeichnung des Vertrages wie die deutschen Unterhändler jederzeit einverstanden sein können, volles, ausdrückliches Einverständnis, daß Polen durch Artikel 6 des Vertrages auf das ihm nach Artikel 228 des Friedensvertrages zustehende Recht verzichtet.

An sich werden zwar Fälle von gemeinen Verbrechen denkbar, die durch den Amnestievertrag nicht gedeckt sein würden. Obwohl die polnische Auslieferungsliste, die von der polnischen Regierung erhobenen Beschuldigungen nur ganz oberflächlich mit summarischen Schlagworten bezeichnet, geht daraus doch mit aller Deutlichkeit hervor, daß sich zum mindesten die Mehrzahl der Beschuldigungen nicht auf gemeine Straftaten, sondern auf politische oder militärische Maßnahmen bezieht.

Die deutsche Regierung sieht sich hier also einem trassen Vertragsbruch gegenüber: Ob und inwieweit hierbei Polen unter dem Druck der Entente handelte, kann dahingestellt bleiben. Sollte es sich soweit in die Abhängigkeit von seinen Bündelpartnern gegeben haben, daß es den Gehorsam vor deren Maßnahmen über die Pflichten der Vertragstreue stellt, so hätte es sich selbst damit von der Liste der Staaten gestrichen, mit denen Verträge geschlossen werden können. Jedenfalls ist der Standpunkt der deutschen Regierung der polnischen Auslieferungsliste gegenüber vorgezeichnet. Hier brauchen die den übrigen Ententestaaten gegenüber in Betracht kommenden Erwägungen nicht gestellt zu werden, hier gilt nicht das Angebot in der bekannten deutschen Note vom 25. Januar, hier kann es nur eine unbedingte Ablehnung aus Rechtsgründen geben.

Millerand über die Ententenote.

Paris, 16. Febr. (M.Z.) Ministerpräsident Millerand erklärte dem Vertreter des „Petit Journal“ nach seiner Rückkehr, die Unterredungen in London hätten befriedigende Ergebnisse gehabt. Die Note, die der deutschen Regierung in der Auslieferungstrage überreicht wurde, habe den Grundsatz aufrecht, der im Artikel 228 ausgesprochen sei, nur die Methode der Ausführung werde geändert. Wenn Deutschland die Beschuldigten vor seinen eigenen Gerichten erscheinen lasse, würden die Alliierten über seinen guten Willen urteilen und im negativen Fall Maßnahmen in Erwägung ziehen, die die Richtausführung der Klausel erfordern werde. Die Londoner Note könne in Deutschland Enttäuschung hervorrufen, denn in Wirklichkeit gebe die getroffene Entscheidung den Alliierten neue Macht in die Hand, um von der deutschen Regierung und dem deutschen Volk die Ausführung aller Klauseln, die auf die Wiedergutmachung Bezug haben, zu verlangen. — Einige Pariser Blätter bemerken auch die Nachricht, daß von der holländischen Regierung verlangt werden solle, Kaiser Wilhelm zu deportieren.

Das Friedenshindernis.

Rotterdam, 15. Febr. (M.Z.) Pant „Nieuwe Rotterdamse Courant“ schreibt die „Westminster Gazette“: Trotz dem seit 15 Monaten die Gespräche verfaulend seien, bestünde doch kein wirklicher Friede. Um die Luft zu reinigen, müßten viele Bestimmungen des Friedensvertrages abgeändert werden. Was die Liste der Kriegsmissetäter betreffe, so nahe es nichts, wenn Balfour sich auf die Aussage hypothetischer französischer Bäter berufe, deren Töchter vor ihren eigenen Augen mißhandelt worden seien. Das Blatt fragt, ob Weltmann Holweg z. B. einer solchen Tat beschuldigt werde und schreibt, gerade Namen wie Weltmann Holweg forderten die Kritik des Publikums heraus. Die Liste scheine mit Unrecht aufgestellt zu sein, um den Frieden wieder in Gefahr zu bringen. Ein Hindernis für den Frieden seien auch die Entschädigungsbestimmungen. Je früher der Völkerverbund die wirtschaftlichen Vertragsbestimmungen abändere, um so besser sei es, was nicht allein für Deutschland, sondern vor allem für seine Gläubiger. Wenn der Völkerverbund tatsächlich, wie Balfour erklärte, nur ein Name für die Pariser Konferenz sei, dann sei von dem Völkerverbund nichts zu erwarten. Glücklicherweise dürfe man jedoch die Hoffnung hegen, daß der Völkerverbund ein Bund aller zivilisierten Nationen werden wird. Daß Balfour dieses nicht einsehe, sei ein Beweis dafür, daß die Regierung sich noch nicht von ihrem Kriegsvorurteil befreien kann.

Der italienische Ministerpräsident für eine Ausänderung.

Paris, 16. Febr. (M.Z.) Ministerpräsident Ritti erklärte dem Vertreter des „Matin“ in London, die Alliierten hätten bis jetzt gelebt, ohne Rücksicht auf die 300 Millionen Deutsche, Oesterreicher, Ungarn und Türken zu nehmen. Man müsse mit der Politik brechen, die man seit 15 Monaten befolgt habe, die 300 Millionen Menschen als Feinde zu betrachten. Deutschland, von dem sie Wiedergutmachungen verlangten, sei zur Unfähigkeit zu produzieren verurteilt. Von Deutschland sei nichts zu fürchten, die Alliierten hätten es vollständig in ihren Händen.

Eine Prüfungskommission der Entente.

Paris, 16. Febr. (M.Z.) Wie der „Temps“ in seinem heutigen Leitartikel bemerkt, beschloßen die Alliierten die angeblichen Beweise gegen die verschiedenen deutschen Beschuldigten zu prüfen. Es werde deshalb eine Kommission eingesetzt, zu deren Präsidenten Jules Cambon ernannt worden sei. England wird in dieser Kommission durch den Lordkanzler Lord Birkenhead vertreten sein.

Aufhebung der internationalen Kommunistenkonferenz in Amsterdam.

Haag, 16. Febr. Alara Jettin, die zu der Internationalen Kommunistenkonferenz in Amsterdam gekommen war, ist in Amersfoort verhaftet worden, ebenso eine Schweizerin. Beide Frauen wurden zurückgeschickt. Die Kommunistenkonferenz ist von der Polizei aufgehoben worden.

Die Uebergabe des Memelgebiets.

Berlin, 16. Febr. (M.Z.) Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ berichtet, fand gestern im Rathausaal die feierliche Uebergabe der Memelgebiete an den Oberkommissar der Entente statt. Der geschäftsführende Ausschuss für das Memelgebiet wird bis auf weiteres die Regierungsgeschäfte weiterführen, während die oberste Gewalt in den Händen des Oberkommissars der Entente, General Dörns, liegt.

Beratungen von Vertretern der Landwirtschaft und des Städtetages.

Berlin, 16. Febr. (M.Z.) Zwischen Vertretern der Landwirtschaft und Vertretern des deutschen Städtetages fand heute eine mehrstündige Verhandlung über die Gestaltung der Ernährungswirtschaft für das Wirtschaftsjahr 1920/21 statt. Nach Erörterung der Mängel der bisherigen Zwangswirtschaft und den Maßnahmen zu ihrer Abstellung wurde eineparitätische Kommission aus Vertretern der Landwirtschaft und des Städtetages eingesetzt, die die erforderlichen Maßnahmen prüfen soll. Die Verhandlungen werden bereits morgen beginnen und mit Rücksicht auf die Dringlichkeit mit äußerster Beschleunigung beendet werden.

Die Förderung der Kohlenproduktion.

Essen, 16. Febr. (M.Z.) Reichsminister Bauer, Reichsarbeitsminister Schilde, Reichspostminister Diesbarts, sowie der Eisenbahnminister Dejer, Unterstaatssekretär Albert und Geheimrat Oberberggrat Benschold sind hier eingetroffen, um die Verhandlungen zwecks Förderung der Kohlenproduktion zu beginnen. Der Reichsminister beabsichtigt, heute mit den Vertretern der Bergarbeiter und Zechenbesitzer zu verhandeln, um Vereinbarungen über das Verfahren von Ueberprüfungen zu erzielen. Die Verhandlungen werden auch den morgigen Tag in Anspruch nehmen. Der Zusammenhang mit der auswärtigen Lage macht es zu einer Lebensfrage, daß die Bergarbeiter im weitesten Umfange zur Ueberstundenarbeit sich bereitfinden.

Milliardengewinne der Kaliwerke.

In einer landwirtschaftlichen Kalk-Interessenten-Versammlung der letzten Tage wurde von einem der führenden Leute aus dem Gebiete des Kalkhandels die interessante Mitteilung gemacht, daß die deutsche Kalkindustrie im Ausland das Vierfache des Inlandpreises erzielt. Die von dem Reichskalkrat festgestellten Preise für hochwertige Kalksätze, die im Ausland besonders gesucht werden, betragen bis 165 Mark für den Doppelzentner, demnach werden Auslandspreise bis zu 6000 Mark für den Doppelzentner erzielt. Das grenzt ans Unglaubliche, scheint aber doch zu stimmen. Rechnet man mit einem Auslandsabsatz von etwa zwei Millionen Zentner (im Frieden war die ausgeführte Menge beträchtlich höher) so ergeben sich Milliardenwerte, die nicht das Reich, sondern die Interessenten einstecken. Die Sache hat aber auch nach anderer Seite hin ihre Bedeutung. Eine große Anzahl Kalkwerke ist außer Betrieb wegen des Fehlens der Kohlen. Können sie in Betrieb gesetzt werden und kann die Kalkindustrie hinreichend mit Kohlen beliefert werden, so ist die Kalkindustrie ein Aktiopothen in unserem Wirtschaftsleben, von dem die wirtschaftliche Gesundung ganz wesentlich abhängt. Kali bedeutet Brot im Innern und Kraftstoff nach außen. Wir müssen daher der Entwicklung der Rohstoffquellen die größte Aufmerksamkeit widmen.

Die deutsch-schweizerischen Wirtschafts-Verhandlungen.

Berlin, 16. Febr. Die im Dezember abgebrochenen Verhandlungen mit der Schweiz über ein neues Wirtschaftsabkommen werden in zwei bis drei Wochen wieder aufgenommen werden, sobald die Kohlenlieferungsverhältnisse gegenwärtig auf der Reise nach Holland und Paris sind, von dort zurückkehren. Die Verhandlungen waren seinerzeit an der Forderung Deutschlands gescheitert, daß die Schweiz für die Kohlen den Weltmarktpreis zahlen sollte. Nunmehr scheint Aussicht auf eine Verständigung zu bestehen.

Die Not der Zeitungen.

Der „Berliner Lokalanzeiger“ meldet: In Karlsruhe beschloß eine Versammlung des Süddeutschen Zeitungsvorlegersvereins einstimmig, die Bezugspreise für die Zeitungen vom 1. April 1920 ab neu zu regeln, da die jetzigen Preise in keinem Verhältnis mehr zu den Herstellungskosten stehen.

Gegen die Verschlechterung unserer Industrie an das Ausland.

Stuttgart, 16. Febr. (M.Z.) Der Verwaltung der Daimlerwerke wurde bekannt, daß in größerem Umfange Aktienanläufe für ausländische Rechnung erfolge. Die Verwaltung beschloß daher, um die Selbstständigkeit des Werkes zu sichern, der demnächst einzuberufenden Generalversammlung einen Antrag auf Ausgabe von vier Millionen Mark

Vorzugsaktien mit mehrfachen Stimmrecht vorzulegen. Die Vorzugsaktien sollen an befreundete Firmen unter Ausschluß jeder Gewinnmöglichkeit begeben werden.

Amerikanische Kohlen für Deutschland.

Hamburg, 16. Febr. (WZ). Der japanische Dampfer „Tschu Maru“ mit 8200 Tonnen amerikanischer Steinkohle ist auf der Elbe eingetroffen. Ein Teil der Ladung ist für Berlin, der andere für Hamburg bestimmt.

Waislieferung aus Holland.

Der „Berliner Lokalanzeiger“ meldet: Wie der Berliner Vertreter der „Frankfurter Zeitung“ zuverlässig erzählt, ist von der Reichsregierung mit einem holländischen Konsortium ein Vertrag auf Lieferung von einer Million Tonnen Weizen abgeschlossen worden. Die Lieferung erfolgt schon von der nächsten Woche ab.

Die Vereinigung Koburgs mit Bayern.

München, 16. Febr. (WZ). Der Staatsvertrag zwischen Bayern und Koburg über die Vereinigung Koburgs mit Bayern wird heute veröffentlicht. Danach wird das Gebiet des Freistaates Koburg mit dem Gebiet des Freistaates Bayern zu einem einheitlichen Gebiet vereinigt. Die Staatshoheitsrechte über das Gebiet Koburg gehen mit der Vereinigung auf Bayern über. Die Landesgerichts- und Oberlandesgerichtsgemeinschaft mit Preußen und den bayerischen Staaten ist aufzuheben. Die Reichsregierung soll ersucht werden, in das Reichsgesetz über die Vereinigung Koburgs mit Bayern eine Bestimmung des Inhalts aufzunehmen, daß der Zeitpunkt des Inkrafttretens des Reichsgesetzes durch eine Verordnung der bayerischen Regierung festgesetzt wird. Im übrigen regelt der Staatsvertrag die inneren Angelegenheiten im Justizwesen, Schulwesen, Schulwesen.

Ballistiktruppen auf pommerischen Gütern?

Berlin, 16. Febr. Dem „Vorwärts“ wird aus der Provinz Pommern berichtet, ein großer Teil der Ballistiktruppen sei in kleineren Abteilungen auf dortigen Gütern untergebracht. Genannt werden namentlich die Güter des Herrn von Heyden, des Grafen von der Schulenburg und des früheren Oberpräsidenten von Pommern, von Malchow. Die Soldaten, die bewaffnet umherlaufen, geben an, sie seien zum „Schutze der Herren“ da. Der „Vorwärts“ fordert deshalb die Regierung auf, diese private Truppenmacht des Junkertums sofort aufzulösen, denn wozu sollte es führen, wenn eine Anzahl privater Unternehmer sich auf eigene Faust Truppen im Staat halten könnte.

Die Franzosen in Oberschlesien am Werk.

Berlin, 16. Febr. (WZ). Das französische Besatzungskommando in Beuthen (Oberschlesien) hat die Veröffentlichung von Anzeigen für die Grenzpende untersagt.

Die deutsch-brasilianischen Beziehungen.

Rio de Janeiro, 15. Febr. Das Journal do Brasil veröffentlicht eine längere Unterredung mit dem Leiter eines großen deutschen Handelshauses in Brasilien, Hermann Stolz, der nach dem Kriege aus Deutschland zurückgekehrt ist und eine rege Tätigkeit bei der Wiederaufnahme des Handels zwischen Brasilien und Deutschland entfaltet hat. Nach seiner Ansicht sollte Brasilien wenigstens zwei Dampfer dem Schiffsahrtsdienst nach Hamburg zuweisen. Zahlreiche deutsche Kaufleute und Industrielle würden mit ihren Familien nach Brasilien übersiedeln, das die deutsche Einwanderung begünstigen sollte. Brasilien sollte so rasch wie möglich wenigstens für die Handelsbeziehungen einen Konsulardienst herstellen, weil große Mengen von Waren für Brasilien sich im Hamburger Hafen häuften.

Keine Einziehung Deutscher zum polnischen Heeresdienst.

Berlin, 16. Febr. (WZ). Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ dementiert die Gerüchte, daß die Einberufung Reichsdeutscher zum polnischen Heeresdienst durch die polnische Regierung angedacht sei. Dies sei auch nicht beabsichtigt. An einzelnen Orten sei nur die Eintragung der Militärpflichtigen erfolgt.

Polnischer Kampf gegen deutsche Andachtsbücher.

Leipzig, 16. Febr. (WZ). Dem Zentralvorstand des Gustav-Wolf-Bereins ging die Mitteilung zu, daß die polnische Regierung sofort nach dem Vollzug der Amerikanen u. a. auch die Einfuhr von Andachtsbüchern verbot. Das Verbot stelle eine starke Beeinträchtigung der evangelischen Kirche dar, die auf den Bezug ihrer Andachtsbücher aus Deutschland angewiesen sei.

Schuld und Sühne.

Originalroman von Erich Ebenstein.

(Nachdruck verboten.)

„Leider so gut wie keine! Sie ist nur zuweilen sehr nervös und aufgeregt. Sowohl meine Tante als ich gewannen den Eindruck, daß irgend ein Kummer sie bedrückt hat.“

„Oder — eine Schuld!“

Berta erblickte und sah den Detektiv erschrocken an. „Um Gotteswillen — Sie glauben doch nicht, daß Fräulein Spira etwas mit dem von uns gesuchten Mörder zu tun hat?“

„Dah sie mit dem Mord etwas zu tun hat, weiß ich allerdings nicht, aber den Mörder kenne ich, das steht fest!“ „Unmöglich! Wie könnte sie dann einen Unschuldigen dafür büßen lassen?“

„Vielleicht ist es gerade das, was sie heimlich quält!“

„Aber dann brauchte sie doch nur zu sprechen.“

„Wenn ihr der Mörder gleichgültig wäre. Aber ich habe einigen Grund anzunehmen, daß er ihrem Herzen nahe liegt. Möglicherweise ist sie auch nicht sicher, ob er es ist, der die Tat begangen hat.“

Berta fuhr sich über die Stirn. „Ich verstehe nicht, was Sie meinen. Kennen Sie denn den Mörder?“ „Hempel zog eine Photographie aus der Tasche, die er nach dem Wawra abgekauften Bild angefertigt hatte.“

„Alles Weitere war weggelassen und lediglich der Kopf des erwartungsvoll in die Ferne starrenden Mannes war darauf zu sehen. Vergrößert, scharf umrissen in den Linien durch die grelle Beleuchtung, trat der lauernde, raubtierartige Ausdruck dieses Kopfes noch viel deutlicher zutage als auf dem Originalbild.“

„Dies ist das Bild des Mörders!“

„Schaudernd blickte Berta darauf nieder.“

„Welch unheimliches Gesicht! Und dieser Mann soll Fräulein Spiras Herzen nahe stehen? Das kann ich nicht glauben!“

„Nun, er wird ja nicht immer so unheimlich aussehend.“

In diesem Augenblick glaubte er sich eben allein und un-

Polen und die Bolschewisten.

Amsterdam, 16. Febr. (WZ). Der Warschauer Berichterstatter hatte eine Unterredung mit General Bilsudski. Der General bezeichnete es als sehr wahrscheinlich, daß die Bolschewisten eine Offensive gegen Polen planen. „Sie verfahren Tag für Tag ihre Streitkräfte und bereiten sich zum Angriff vor. Der General erklärte jedoch, man brauche nicht besorgt zu sein, die Bolschewisten seien schlechte Soldaten. Es sei ausgeschlossen, daß Polen in diesem Kampf unterliegen könne, selbst wenn es den Bolschewisten gelingen sollte, einen beschränkten Erfolg zu erzielen.“

Das englisch-russische Abkommen.

Kopenhagen, 16. Febr. Der Korrespondent des „Correspondent“, der sich augenblicklich hier aufhält, hat Litwinoff interviewt und folgende Einzelheiten über das englisch-russische Abkommen erfahren: Der Abschluß des Vertrages gilt nur für Rußland und England, die anderen Mächte sind nicht daran beteiligt. Das Abkommen zerfällt in eine große Reihe von Einzelverträgen, von denen der erste die Frage des Gefangenenaustausches regelt, der zweite die Versorgung der englischen Kriegsgefangenen in Rußland mit Nahrungsmitteln, Kleidung, Medikamenten und chirurgischen Instrumenten betrifft. Es wird bestimmt, daß England zur Lieferung der gleichen Menge dieser Waren, die es für seine Gefangenen nach Rußland sendet, an die Sowjetregierung verpflichtet ist. England verpflichtet sich auch zur Lieferung einer bestimmten Anzahl landwirtschaftlicher Maschinen.

Budapest vor neuen Unruhen?

Wien, 15. Febr. In Budapest droht ein neuer Umsturz. In den Donaustädten sind Maschinengewehre und Pistolen aufgestellt. Erzherzog Josef war gezwungen, Budapest zu verlassen, weil die Gerüchte über einen vorbereiteten Umsturz mit seiner Person in Zusammenhang gebracht wurden. Diktator Friedrich ist Horthy unterlegen, dem in Budapest 30 000 Gewehre zur Verfügung stehen. Friedrich soll auf Befehl Horthys verhaftet worden sein. Horthy will sich der Regentschaft bemächtigen, damit der Sohn des Kaisers, Kronprinz Otto, zum ungarischen König gekrönt werden könne. Er hat die Einberufung aller wehrfähigen Männer bis zum 32. Lebensjahre vorbereitet. Sein Generalstab arbeitet an dem Plan einer ungarischen Märzoffensive in den Karpaten, um seine Drohungen gegen die Rumänen in die Tat umzusetzen.

Protest gegen das Spitzbergen-Abkommen.

Oslo, 15. Febr. Wie der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ aus Moskau meldet, hat der Sowjet-Kommissar für äußere Angelegenheiten, Litwinoff, an die Regierungen Norwegens, Englands, Frankreichs, Italiens, Japans und der Vereinigten Staaten eine Note gerichtet, in der er protestiert gegen das Spitzbergen-Abkommen, das Spitzbergen an Norwegen abtritt. Litwinoff erklärt, Rußland habe wichtige Interessen in Spitzbergen und denke nicht daran, eine Regelung anzunehmen, an deren Zustandekommen es nicht mitwirken konnte.

Spaltung der Straßburger Studentenschaft.

In der Straßburger Studentenschaft kam es bei einer allgemeinen Studentensammlung zu einem sehr heftigen Zwischenfall. Die aus dem Innern Frankreichs stammenden Studenten hatten einen Antrag gestellt, es sollte kein Student in den Vorstand der Studentenschaft aufgenommen werden dürfen, der früher deutscher Soldat gewesen sei. Nach einer stürmischen Diskussion dieses Antrages traten sämtliche deutsche Studenten aus dem provisorischen Ausschuss aus und gründeten einen neuen Ausschuss, in den keine Franzosen aufgenommen wurden.

Der Heilige Krieg.

Aden, 16. Febr. (WZ). Havas. Die britischen Streitkräfte, die im Golf von Aden landeten, und die italienischen Streitkräfte haben bei Obba an der Südküste von Italienisch-Somaliland, eine Operationsbasis geschaffen. Dies geschah, um gemeinsame Operationen gegen die Stämme zu unternehmen, die den Heiligen Krieg im Namen der Türkei predigen.

Immer neue Armeniergekreul.

Laut „Berliner Lokalanzeiger“ meldet der britische Geistliche Burton, der in Armenien die Hilfsaktion des Londoner Lordmajors leitet, die Ermordung von 1500 Armeniern durch die Türken. Von armenischer Seite wird die Zahl der ermordeten Armenier auf 2000 angegeben.

Der Konflikt Lansing-Wilson.

Amsterdam, 16. Febr. (WZ). „Daily News“ meldet aus New York über die Differenz zwischen Lansing und Wilson, Lansing habe gewünscht, daß der Völkerverbund ausschließlich ein internationaler Gerichtshof sein sollte, und habe sich aus juristisch-technischen Gründen der beabsichtigten Überweisung des Kaisers widersetzt. Auch sei er gegen die Übernahme des Mandats über die Türkei durch die Vereinigten Staaten gewesen. — Die unmittelbare Folge der Angelegenheit Lansing-Wilson wird wahrscheinlich die sein, daß jede Aussicht auf Ratifikation des Friedensvertrages geschwunden ist. Ermutigt durch die neue Entwicklung haben die Anhänger von Senator Lodge am Samstagabend die Anträge Hitchcocks verworfen, von denen man erwartet hatte, daß sie zur schnellen Ratifizierung überleiten würden.

Wilson unter scharfer Kritik.

Amsterdam, 16. Febr. (WZ). New York Herald schreibt zum Rücktritt Lansing: Die Beschuldigung der widerrechtlichen Annahme von amtlichen Befugnissen, die Wilson gegen Lansing erhoben hat, ist ohne Beispiel in der Geschichte irgend eines Staatsdepartements. Das Volk will alle Begleitumstände wissen, die dieses ungewöhnliche Auftreten des Präsidenten erklären können. „Evening Post“ schreibt: Wir können nicht begreifen, daß ein Mann so beschuldigt werden kann, der das Schiff in Fahrt gehalten hat, als der Kapitän krank war. Auch die meisten anderen amerikanischen Blätter verurteilen die Haltung Wilsons.

Ein kritischer Tag im Prozess Erzberger-Helfferich.

Berlin, 16. Febr. (WZ). Zunächst beantragt Rechtsanwalt Alsbach, den Hauptmann v. Stephan zu vernehmen darüber, daß Erzberger als Reichsfinanzminister am Berge vielfach Informationen politischer Art von größter geschäftlicher Wichtigkeit gab. Sodann kommt der Fall Angerle zur Verhandlung, wobei Helfferich ausführte: Der Majorfabrikant Eugen Angerle aus Warthausen bei Biberach war als Untermittler bei der Reichsgeldtreiberei angestellt und ließ sich in dieser Stellung einen großen Vertrauensbruch zu Schulden kommen, der seine Entfernung aus der Kommandierung und später das Einschreiten der Staatsanwaltschaft in Ravensburg veranlaßte. Später gelang es ihm, hauptsächlich durch das Eingreifen des Abgeordneten Erzberger, wieder Untermittler bei der Firma Gabriel Steiner in Ulm zu werden. Der Abgeordnete Erzberger nutzte auch hier seinen parlamentarischen Einfluß aus, um seinen Freunden geschäftliche Vorteile zu verschaffen, und zwar unter besonders erschwerenden Umständen. Angerle zeigte sich für diese Vermählungen durch regelmäßige, reichliche Sendungen von Schleichhandelsartikeln erkenntlich.

Hierzu erklärt der Vertreter des Nebenklägers, Friedländer, die Sache verhalte sich weit harmloser als Helfferich darstellte. Angerle sei Selbstversorger und gab nur Teile seines Ueberflusses, wie an andere Leute, so auch an Erzberger. Das habe aber mit seiner Wiederanstellung nicht das Geringste zu tun. Angerle kam zu Erzberger und legte ihm eine Anzahl amtlicher Schriftstücke vor, u. a. ein vom Regierungsrat Hammer unterzeichnetes, worin erklärt wurde, daß die Einsetzung Angerles im Interesse des Oberamtsbezirks Biberach liege. Erzberger tat also lediglich das, was seine Pflicht als Abgeordneter war, nämlich die Wünsche der amtlichen Behörden seines Wahlkreises zu erfüllen.

Zu der Angelegenheit Angerle bemerkt Erzberger: Im Sommer 1916 sei Angerle zu ihm gekommen, und habe ihm ein Schreiben des Schultheißenamtes in Warthausen übergeben, in dem im Einverständnis mit dem Bezirksamt bestätigt worden sei, daß die Wiederanstellung von Angerle im Interesse des Oberamtsbezirks Biberach liege. Nach Kenntnisnahme des Inhalts und da es sich um eine angesehene Familie handelte und schließlich, da ihm mitgeteilt worden sei, daß gegen Angerle nichts vorliege, habe er (Erzberger) es für seine Pflicht gehalten, daß Angerle dem Wunsch seines Wahlkreises entsprechend wieder angestellt werde.

Der Vorsitzende verlas einige hierauf bezügliche Schriftstücke des Nebenklägers und die Antworten der Reichsgeldtreiberei, in denen ausgeführt wird, daß es der Reichsgeldtreiberei unverständlich sei, warum der Abg. Erzberger ihre ablehnende Stellung gegenüber Angerle nicht würdigen wolle. In einem Schreiben des Oberkommissionärs Steiner an die Reichsgeldtreiberei heißt es, Angerle habe mit der Wahrnehmung seiner Angelegenheit den sehr freitbaren Abg. Erzberger betraut, der die Sache vor den Reichstag bringen

Natürlich soll er ein Wunder von Hochherzigkeit, Güte und Edelmut sein.“

„Aber danach sieht er aber doch nicht aus — wenn es der Mann ist, dessen Bild Sie mir zeigten!“

„Nein, danach sieht er nicht aus, und deshalb lasse ich auch die Möglichkeit offen, daß „Fritz“ eine zweite Persönlichkeit ist.“ „Aber er hat sich ja doch Fritz Spira gegenüber vorgestellt haben oder sie sah ihn eben durch die Brille der Liebe.“

„Berichtig ist ja jedenfalls die Geheimnistuerei, mit der er sich und seine Werbung umgab.“ „Fräulein Spira behauptet, daß er erst den Widerstand einer reichen und hochmütigen Verwandtschaft zu besiegen hat, ehe er sie heimführen könne. Dann verschwand er plötzlich — angeblich, um seine Verwandten dem Heiratsplan geneigt zu machen!“

„Das klingt sehr merkwürdig! Er wird doch kein Knabe mehr sein, und was könnte seine Verwandtschaft an Fräulein Spira auszuweisen haben?“

„Dah sie beim Theater ist!“ sagte er. „Seine Abreise deckt sich übrigens so ziemlich mit dem Mord in der Endersstraße. Er reiste angeblich den Tag zuvor ab.“

„Wie dieser Herr Spardach, von dem Sie Tante Renate erzählten!“

„Ja, wohl. Und wenn mich meine Vermutung nicht täuscht, dann waren beide sogar intime Freunde und wohnten zusammen.“

„Wieder fuhr sich Berta über die Stirn, hinter der die Gedanken wie ein Mühlrad kreisten.“

„Sie wohnten zusammen? Ich dachte, die Wohnung, die Sie mieteten, sei nur von einem einzelnen alten Herrn bewohnt gewesen? Und — gibt es denn zwei Mörder?“

„Darüber kann ich Ihnen noch keine Auskunft geben, denn vieles ist mir selbst noch unklar. Auch würde es zu weit führen, wollte ich Ihnen erzählen, wie ich erfuhr, daß Spardachs Quartier von einem zweiten Mann mitbenutzt wurde. Tatsache ist, daß er da war und Fräulein Spira ihn kennt, und daß er mit Spardach zugleich verschwand.“

„Weitere Schlüsse können wir erst ziehen, wenn Fräulein Spira gesprochen hat.“

(Fortsetzung folgt.)

Wolle. Aus den anbeten zur Verbesserung gebrachten Schreiben geht hervor, daß die Reichsgerichtenstelle die Anstellung schon deshalb ablehnte, weil nach den bestehenden Vorschriften die Maßfabrikanten, Brauer usw. nicht als Kommissionsäre angestellt werden dürfen. Im weiteren Verlauf der Verhandlungen, wird festgestellt, daß Frau Erzberger umfangreiche Sendungen von Lebensmitteln von Angerle erhalten hat und zwar zu außerordentlich billigen Preisen, so zum Beispiel hat sie für eine Gans an Angerle nur 20 Mark bezahlt. Hessefragt Erzberger, warum er bei seinen Unterhandlungen mit der Reichsgerichtenstelle nicht darauf aufmerksam machte, daß gegen Angerle etwas vorliege. Erzberger erwidert, daß ihm im Jahre 1916 hiervon nichts bekannt war. Der Vorsitzende und Hessefragt weisen beide Erzberger darauf hin, daß sein Einfluß zweifellos doch sehr groß war und ob es ihm nicht mit Rücksicht darauf bedenklich erschienen sei, mit einem eventuellen Druck im Reichstage zu drohen. Erzberger verneint das und sagt, er habe sich als Abgeordneter hierzu für berechtigt gehalten.

Es folgt die Vernehmung des Geheimrats Hagedorn, des Vorsitzenden der staatlichen Verteilungsstelle Groß-Berlins und früheren Vorsitzenden der Reichsgerichtenstelle. Der Zeuge behauptet, daß im Sommer 1916 der Grundlag festgelegt worden sei, daß die Brauer, Mäher usw. als Kommissionsäre nicht mehr zugelassen werden sollten. Ausnahmen seien für besondere Fälle vorgesehen. Abgesehen vom Fall Angerle wurden aber Ausnahmen nicht gemacht. Im August 1916 erhielt er einen Brief Erzbergers, der sich für die Anstellung Angerle einsetzte und die Drohung enthielt, Erzberger werde die Angelegenheit im Reichstage zur Sprache bringen. Trotzdem sei die Reichsgerichtenstelle fest geblieben. Der damalige Staatskommissar für Volksernährung, v. Oppen habe jedoch erklärt, der Vorsitzende des Reichsernährungsamtes wünsche, daß man Erzberger entgegenkomme, dem bereits großes Opfer als Angerle gebracht worden seien.

Daraufhin gab die Gerichtenstelle nach. Der Zeuge erklärt Angerle sei auch bevorzugt worden bezüglich der Zuweisung von Getreide zur Herstellung von Malschasse und von Hafer zur Herstellung von Nahrungsmitteln. Im September 1917 kam es zur Einleitung eines Verfahrens gegen alle Beteiligten und auch gegen den Zeugen selbst, dem vorgeworfen wurde, er habe sich von Angerle bestechen lassen. Das Verfahren gegen Erzberger wurde mit Rücksicht auf seine Immunität als Abgeordneter nicht weitergeführt.

Der Zeuge Hagedorn befindet sich dann noch, daß er seinen Widerstand in der Angerle-Angelegenheit aufgab, als er sah, daß Batocki sich für Erzberger einsetzte. Es sei die höchste Zustimmung gewesen, die ihm in seiner ganzen amtlichen Tätigkeit vorgekommen sei. Die Frage Hessefragt, ob ihm irgend ein anderer Abgeordneter bekannt sei, der sich so intensiv für private Interessen einsetzte, verneint der Zeuge. Nach der Vernehmung des Polizeikommissars Bortner über den Reumund des Angerle wird Angerle selbst als Zeuge vernommen. Die Lebensmittelsendungen an Erzberger seien vorher nicht verabredet und nicht von seiner etwaigen Wiederanstellung abhängig gemacht worden. Erzberger habe seines Wissens von den Sendungen nichts gewußt. Hessefragt, ob dem Zeugen nicht ein Brief bekannt sei, worin Erzberger schrieb, er danke ihm für die eine Sendung, umso mehr, als es ihm möglich sei, in seinem (Angerles) Interesse tätig zu sein? Der Zeuge kann sich auf einen solchen Brief nicht besinnen. Es soll nun der Fall Wolff (Otto Wolff-Röhl) zur Erörterung kommen. Geheimrat von Gordon befragt, da hier gewisse wirtschaftliche Verhandlungen mit einem öffentlichen Staat veröffentlicht werden müßten, die Öffentlichkeit wegen Gefährdung der Staatsinteressen auszuschließen. Das Gericht beschließt demgemäß den Ausschluss der Öffentlichkeit auf eine Stunde. Nach Wiedereröffnung wird die Verhandlung auf Dienstag vertagt.

Lokaler und vermischter Teil.

Limburg, 18. Februar 1920.

Durch plötzliches Versagen unseres Motors erscheint heute der „Limburger Anzeiger“ einige Stunden später.

R. Heimgeleht Diese Woche sind wieder vier Limburger aus französischer Gefangenschaft zurückgekehrt. Es sind dies die Herren Karl Herche, Willy Harraß, Jakob Reinhard und Karl Lang.

Volkshilfsverein. Ueber Johann Sebastian Bach wird am Samstag Abend Herr Eduard Gelbart aus Frankfurt reden. Dieses Thema wird vielen Musikfreunden sehr willkommen sein, denn bei diesem gewaltigen Meister stellen sich dem Verständnisse nicht unerhebliche Schwierigkeiten entgegen, die sich zum Teil aus der eigenartigen Form der Bachschen Werke ergeben, die aber viele abhalten, sich näher mit Bach zu beschäftigen. Herr Gelbart wird auf diese Schwierigkeiten eingehen und das Kunstwerk Bachs aus Form und Inhalt untersuchen. Er wird seinen Vortrag durch Beispiele aus Bachs Werken am Klavier ergänzen. Bach gehört zu den größten Tonschöpfern aller Zeiten, Beethoven, Richard Wagner haben bewundernd zu ihm aufgeschaut. Die ganze Musik, kann man sagen, steht auf seinen Schultern. Auf der Orgel ist und bleibt er aber der unerreichte Meister. Einige seiner größten Orgelwerke wird Herr Gelbart am Sonntag Nachmittag in dem Kirchenkonzert in der evangelischen Kirche vortragen, zu dem auch unsere einheimische Sängerin, Frau Regierungsrat Reutener, ihre Mitwirkung gütigst zugesagt hat.

Rheinmainischer Volksbund. Bereits im vergangenen Spätherbst haben sich die Bürgerausschüsse des südlichen Hessen-Rauns zusammengeschlossen in einem Rheinmainischen Volksbund. Der Bund will ebenso wie die ihm angeschlossenen Organisationen eine neue Partei oder einen neuen wirtschaftlichen Verband darstellen. Er will zu (höchster) Arbeit am Wiederaufbau unseres Vaterlandes ohne Unterschied der Partei und der Konfession alle diejenigen vereinigen, die ihre Ziele auf gezieltem Weg verwirklichen wollen und jede Partei- und Unparteilichkeit ablehnen. Vor allem steht in seiner Aufgabe in der Wiedererweckung der staatsbürgerlichen Gesinnung, im Kampf gegen alle sozialen Ausschüsse (Schiebertum, Genuß und Vergnügungssucht), Erhaltung des geistigen Zusammenhangs mit den besetzten Teilen Deutschlands, Vertiefung des deutschen Gemeinschaftsgefühls über die Klassen hinweg. Alle Vereine und Einzelpersonen, die die Arbeit des Bundes fördern wollen, bitten wir, dies der Geschäftsstelle Frankfurt, Eichenheimerstraße 6, mitzuteilen.

Neue Fernsprechanlagen sind spätestens bis zum 1. März bei dem zuständigen Postamt anzumelden, wenn die Herstellung in dem nächsten, am 1. April beginnenden Bauabschnitt gewünscht wird. Verspätete Anmeldungen können in den Bauplänen meist nicht mehr berücksichtigt werden, so

daß für die geforderte Herstellung die entstehenden Mehrkosten von den Antragstellern erstattet werden müssen.

Die allgemeine Versammlung des Deutsch-Beamtenbundes findet Montag, den 23. d. Mts., abends 7 Uhr im Ev. Gemeindehaus statt.

Dehm, 16. Febr. Herr Siegmund Dehm besuchte Samstag das Familienfest der Freiwilligen Feuerwehr. Im Laufe des vorgestrigen Sonntag stellte er den Verlust von 16000 Mark fest. Wie in vielen Lohnorten besteht auch hier die alte Sitte, daß Maschierte sich gegenseitig Besuche abhalten und ihren Wammesschmuck treiben. Es kann der Verdacht nicht von der Hand gewiesen werden, daß unter der harmlosen Karnevalsfeier ein Vangfinger sich in das weisse Haus Eintritt verschaffe und den fröhlichen Fasching zur Ausübung seines Diebesgewerbes mißbrauche. Ein Polizeizettel, der die Spur aufnehmen sollte, konnte nicht arbeiten, weil das Haus von zu vielen Besuchern betreten worden war.

Mensfelden, 17. Febr. Während an Neujahr bei der Vorführung turnerischer Übungen die Einwohner unseres Ortes mit Freuden sehen durften, daß das Turnen unter der Jugend zu neuem Leben erwacht ist, und die Vorturner und der Turnwart des Vereins im verflochtenen Jahre mühselig gearbeitet haben, gab am verflochtenen Sonntag der Turnverein sein diesjähriges Wintervergnügen. Ein nettes Theaterstück „Die Unverwundlichen“ sowie mehrere Roupelns und die Leistungen der Sängergesänge unter Leitung des jungen talentvollen Dirigenten Deis vermittelten unter den Gästen köstlichen Beifall hervorgerufen. Möge der Turnverein weiter emporblühen.

Mensfelden, 15. Febr. Der am vergangenen Sonntag veranstaltete Wohltätigkeitsabend nahm bei vollem Saale einen glänzenden Verlauf. Die Vielseitigkeit des Programms trug zu ihrer feinen Finanzierung den verschiedenen Geschmacksrichtungen des Publikums vortrefflich Rechnung. Neben einem flotten Eingangsmarsch, einer schönen Begrüßungsansprache des Herrn Lehrers Stüdtgen, einem gut vorgetragenen Prolog und einem feinen Vortrage von Herrn W. Schumann, erfreuten besonders einzelne von Herrn A. Schumann begeisterte beklammerte Gedichte. Vom hiesigen Männergesangsverein und vom Doppelquartett des Turnvereins wurden verschiedene Chöre und liebliche Gesänge unter Leitung des gemeinsamen talentvollen Dirigenten Herrn Deis stimmungswohl vorgetragen. Herr Lehrer Stüdtgen sang einige herrliche Lieder, welche allgemeine Bewunderung erweckten. Der Bändler „Großmutterchen“, ein Potpourri aus der Oper „Martha“ und der Pilgerchor aus „Tannhäuser“ bedeuteten, von Sängern und Instrumenten (besetzt durch Herrn Lehrer Leudel, Schumann und Herrn Deis) zielbewußt dirigiert, einen musikalischen Rumpelkuck. Verschiedene zeitgemäße Roupelns und Scherzgedichte wurden humorvoll ausgeführt, und die einzelnen Herren mit laudendem Applaus bedacht, vor allem unser Amateur-Komiker, Herr Petri, ein Otto Reuter. Einem wahren Beifallsturm löste das kurze Singpiel „Freundschaft“ aus, das von den Damen Frä. Stübgen und Frä. Deis, von Herrn Lieder und den Touristen unter temperamentvoller instrumentaler Mitwirkung des Herrn Schumann mit bester Charakterauffassung und so edler Natürlichkeit gespielt wurde, daß kein Lob zu hoch wäre, zumal die Vorbereitungen in aller Eile getroffen werden mußten. Zum Schluß dankte der Herr Bürgermeister Helfrich im Namen der Gemeinde allen Mitwirkenden und konnte das Gesamtergebnis der Veranstaltung von 1140 Mark mitteilen. So enthält nun der hiesige Unterhaltungsfonds für örtliche Kriegswohlfahrtszwecke bereits über 2500 Mark, die demnächst zur Verteilung gelangen und erhalten bleiben, und noch tiefere Wurzeln schlagen — nicht zuletzt bei der halbwegsigen Jugend, die ihre Kraft auf ganz andere, würdige Art und Weise, als es leider vorgekommen, betätigen sollte — und reichlich Früchte tragen zum Segen des Einzelnen und der ganzen Gemeinde.

Sieringen, 16. Febr. (Wohltätigkeitskonzert des Männergesangsvereins „Eintracht“ für unsere aus der Gefangenschaft heimgekehrten Krieger.) Von acht Kriegsgefangenen unserer Gemeinde sind bis jetzt sieben zurückgekehrt. Hoffentlich können wir den letzten bald in unserer Mitte begrüßen. Der Männergesangsverein beabsichtigt dann sofort, ein Konzert zu Ehren sämtlicher aus Gefangenschaft Heimgekehrter zu veranstalten. Der Gesamterlös, bei welchem der Wohltätigkeit keine Schranken gesetzt sind, soll als „Heimatkinder“ während der Feier denselben überreicht werden.

Solheim, 16. Febr. (Gefangenenheimkehr.) Nach fünf Jahren, vier Monaten französischer Gefangenschaft, kehrte am vergangenen Samstag als erster der hiesigen Gemeinde, der ehemalige August Leimbach, freudig begrüßt von allen Seiten, zu seinem früheren Arbeitgeber nach hier zurück. Gestern (Sonntag) nachmittag brachte ihm der Turnverein „Jahr“, dessen langjähriges Mitglied er war, zusammen mit dem Gesangsverein ein Begrüßungsständchen dar. Der Vorsitzende des Turnvereins, Herr W. Grell, begrüßte den Heimgekehrten aufs herzlichste und schloß mit einem dreifachen „Gut Heil“. Der Gesangsverein brachte einige schöne Chöre zum Vortrag, worauf unser Heimkehrer, herzlich gerührt, für die herrliche Begrüßung dankte.

Fladt, 14. Febr. Der am verflochtenen Sonntag, vom „Klub Jung-Fladt 1919“ im Saalhaus Markhof veranstaltete humoristische Abend hatte sich eines überaus großen Zuspruchs zu erfreuen. Die ganzen Darbietungen ließen erkennen, daß der Klub über gute Kräfte verfügt. Den ganzen Abend kam das Publikum aus dem Saal nicht heraus und wurde allen Vorträgen reicher Beifall zuteil. Das anschließende Tanzvergnügen, teils in Fastnachtstappen, welches von Jugend kaum abgewartet werden konnte, hielt die Teilnehmer noch einige Stunden beisammen.

Rassau, 16. Febr. Beschlagnahme wurden auf dem hiesigen Bahnhof drei Risten, deren Inhalt als Apfel angegeben war. Da der diensttuende Beamte wußte, daß die Angabe des Abfinders falsch war, hielt er die Sendung an, weil er Schieberware vermutete. Die Untersuchung ergab folgenden Inhalt: 100 Kilogramm Kartoffeln, 27,5 Kilogramm frischgeschlachtetes Kalbsfleisch, 11 Kilogramm feingehacktes Schweinefleisch. Die Sache ist bereits der Staatsanwaltschaft vorgelegt. Ferner wurden in einem Hause 150 Pfund feinstes Weizenmehl beschlaggenommen, von dem man vermutet, daß es nach Frankfurt verschoben werden sollte.

Ullingen, 14. Febr. Der seit zwei Monaten vermählte 18jährige Seminarist Paul Rohrbach aus Frankfurt ist auf bisher nicht ermittelte Weise in die Fremdenlegion geraten. Der junge Mann hat seinen Eltern eine Karte aus Algier zugesandt, worin er mitteilt, daß er in der Fremdenlegion sei.

Frankfurt, 17. Febr. (Die betäubte Verkäuferin und das Verbrechertrio.) In einem Schuhladen an der Hanauer Landstraße war die Verkäuferin Dora Engel beschäftigt, die die Geliebte des Schloßers Georg Riber war. Dieser überredete das Mädchen, zu einem singulieren Raubanfall ihr schweißgegendes Einverständnis zu geben und sich chloroformieren zu lassen. Am 14. November

wurde der Plan ausgeführt, das Mädchen bekam ein Tauchglas mit Chloroform unter die Nase gehalten. Unterdessen erwiderte der Maler Hermann Kalberloß für 11000 Mark Schule aus dem Geschäft, während der Arbeiter Peter Bayer Schmiere stand. Bayer ist vermutlich der Urheber des ganzen Planes gewesen, er hatte auch das Betäubungsmittel besorgt. Das Mädchen wurde bewußtlos im Laden aufgefunden, er folgte sich aber rasch wieder. Der Hilfsarbeiter Ludw. Stromberg kaufte die gestohlene Ware ab und jeder der Beteiligten bekam dadurch 600 Mark, nur die Verkäuferin ging leer aus. Die Strafkammer verurteilte die Verkäuferin, die den schweren Vertrauensbruch nur aus Liebe zu dem kriegsbeschädigten Riber beging, zu vier, Riber zu acht, Kalberloß zu 18, Stromberg zu 12 Monaten Gefängnis und Bayer zu zwei Jahren Zuchthaus.

Wiedenlopf, 15. Febr. Ein Zeichen der Zeit ist folgendes Inserat des ärztlichen Kreisvereins Wiedenlopf im „Simmländer Anzeiger“: Da infolge der Kohnnot die Versorgung der Ärzte auf dem Papier steht, steht sich der ärztliche Kreisverein Wiedenlopf zu folgender Bitte gendigt: Alle Patienten, die regelmäßig oder öfters dem Arzt aufzusuchen gezwungen sind, werden dringend gebeten, einige Scheite trockenes Holz oder drei Bricketts als Beitrag zur Heizung des Wartezimmers beizutragen. Die Ärzte selbst sind nicht mehr in der Lage, ihr Wartezimmer anständig zu heizen. Man möge dieses Ersuchen mit der Rot der Zeit entschuldigen.

London, 16. Febr. (W.A.) (Reuter.) Etwa 50 bewaffnete maschierte Männer griffen am Sonntag morgen die Polizeistation Kalktrain in der Nähe von Dumball an. Nach dreistündigem Kampfe, wobei heftig gefeuert und zwei Bomben geworfen wurden, wurde das Haus in die Luft gesprengt und vier Polizisten unter den Trümmern begraben. Die Angreifer führten alle Waffen und Munitionsvorräte fort.

Hilflicher Teil

(Nr. 38 vom 18. Februar 1920.)

An die Herren Bürgermeister

derjenigen Gemeinden des Kreises Limburg, in denen ländliche Fortbildungsschulen bestehen.

Der Herr Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hat den Kreisschulinspektor Fromm hieselbst mit der Aufsicht über die ländlichen Fortbildungsschulen des Kreises betraut. Ich ersuche, Herrn Kreisschulinspektor Fromm umgehend spätestens bis 1. kom. Mts. mitzuteilen, an welchen Tagen und zu welcher Stunde der Unterricht wöchentlich stattfindet. Ebenso sind etwaige Änderungen in den Unterrichtszeiten Herrn Kreisschulinspektor Fromm jedesmal sofort anzuzeigen.

Der Landrat

Beitritt: Brennstoff-Versorgung.

Die Herren Bürgermeister von Dietkirchen, Eschhofen, Faulbach, Friedhofen, Heringen, Hintermeilingen, Kirberg, Langenberndorf, Mensfelden, Mühlen, Niederhadamar, Niederzungen, Oberbrechen, Oberzellern, Offheim und Thalheim werden hiermit an die sofortige Erledigung meiner Kreisblatt-Bekanntmachung vom 5. Februar 1920 (Kreisblatt Nr. 28) erinnert.

Der Bericht wird innerhalb 24 Stunden bestimmt hier erwartet.

Limburg, den 17. Februar 1920.

Der Vorsitzende des Kreiswirtschaftsamtes des Kreises Limburg.

In letzter Zeit mehrten sich die Fälle, in denen Salvarsanpräparate im Schleichhandel vertrieben werden. Nur zum Teil handelt es sich hierbei um echte Salvarsanpräparate, nicht selten jedoch um Fälschungen, die in einer der echten täuschend ähnliche Verpackung vertrieben werden. Häufig finden aber auch bei dem Hin- und Hertransport im Schleichhandel die Glasampullen, in denen die Salvarsanpräparate luftdicht eingeschmolzen sind, sie bekommen Sprünge und die durch diese in die Ampullen eindringende Luft führt Zersetzung der echten Salvarsanpräparate herbei, so daß deren Anwendung bei Patienten schwere Vergiftungserscheinungen, ja den Tod zur Folge haben kann.

Da die Salvarsanpräparate als arsenhaltige Heilmittel zu den Medikamenten gehören, deren Abgabe den Apothekern vorbehalten ist, so ersuche ich im Einvernehmen mit dem Herrn Minister des Innern ergebenst, alle nicht berechtigten Personen, denen Handel mit Salvarsanpräparaten nachgewiesen wird, unmissverständlich zur Anzeige zu bringen. Bevor die endgültig beschlagnahmten Salvarsanpräparate nach Abschluß des Verfahrens wieder an den Handel abgegeben werden, ersuche ich, die gesamte Menge an die Farbwerke, vormals Meister, Lucius, u. Brüning in Höchst am Main zu senden, die die Präparate und Glasampullen einer Prüfung unterziehen werden. Die Farbwerke werden die als gut befundenen Packungen an diejenigen Apotheken oder Großhändlerhandlungen abgeben, die ihnen von den Stellen bezeichnet werden, die die Beschlagnahme verfügt haben.

Berlin W. 66, den 17. Januar 1920.

Leipziger Straße 3.

Der Preussische Minister für Volkswohlfahrt.

M. 14 623.

Wird veröffentlicht.

Limburg, den 10. Februar 1920.

Der Landrat.

Eine gute billige Berliner Tageszeitung ist die

Deutsche Warte

Für: **Heimstätten** Gegen: **Bodenwucher**

Herausgeber:

Dr. jur. h. c. Adolf Damaschke

Der bekanntlich von Männern und Frauen aller Parteien als Kandidat für die

Reichspräsidenschaft

aufgestellt ist

Nr. 2. — monatlich
(mit 6 Beilagen wöchentlich)

Verlag der Deutschen Warte,
Berlin NW 6.

Statt Karten.

Für die uns anlässlich unserer Vermählung und Verlobung erwiesenen Aufmerksamkeit sprechen wir hiermit unseren herzlichsten Dank aus.

August Nettlesheim und Frau Elisabeth
geb. Seibel.

Gretel Moos

Heinrich Seibel.

Limburg, den 18. Februar 1920.

7(38)

Gesucht

4 bis 5000 Stück starke Erbsenreiser.

Preisangebote zu richten an das Städt. Lebensmittelamt in Limburg (Lahn). 8(38)

Mädchenfortbildungsschule.

Das Sommerhalbjahr beginnt **Donnerstag, den 15. April 1920.** Anmeldungen zu den Kursen nimmt die Erste Lehrerin, Fräulein Marg. v. d. Driesch bis 28. Februar täglich von 11—12, Dienstag nachmittags von 5—6 Uhr im Schloß, Klasse I entgegen. 12(36)

Der Schulvorstand:
J. G. Bröck.

Der Schulleiter:
Michels, Rektor.

Deutscher Beamtenbund.

Ortskartell Limburg (Lahn).

Am Montag den 23. d. Mts., abends 7 Uhr

Allgemeine Versammlung

im evang. Gemeindehause.

Sämtliche Beamtinnen, Beamten und Beamtinnenvereinigungen, welche dem Deutschen Beamtenbund angeschlossen sind, werden hiermit eingeladen.

Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht.
2. Vortrag des Herrn Hammer über Beamtenwirtschaftsfragen.
3. Verschiedenes.

4(35)

Der Vorstand:
Becker, Rönisch.

APOLLO-THEATER.

Von Mittwoch den 18. bis Freitag den 20. 2.
von 6 Uhr:

Der Vampyr.

Sensationsdrama in 6 Teilen
von Franz Seitz. 1(38)

Es wird geboten, das Geld abgezählt bereit zu halten.

Jugendliche unter 17 Jahren haben keinen Zutritt.



Praxis für Zahnleidende

Dentist Lindner

Zahnstätten (Marstr.)

vormals Zahnärztlicher Meister.

Sprechzeit: Montag, Mittwoch und Freitag
von 9^{1/2} bis 5 Uhr. 17(25)

Spez.: ganzpreisfreie, leistungsfähige Zahnrestauration, Brücken und Kronen mit Garantie.

Bestellen Sie sofort

bei Ihrem Postamt zur Probe Nordwest-
Deutschlands bedeutendste Zeitung:

Das hamburger Fremdenblatt

mit Handels- und Schiffsverkehrs-Nachrichten
und Kupferstichdruck-Beläge
Rundschau im Bilde

Wöchentlich dreizehn Ausgaben

Postbezugspreis:

Ausgabe A (mit Lokal-Anzeigen):
monatlich M. 3.75, vierteljährlich M. 11.25
Ausgabe B (ohne Lokal-Anzeigen):
monatlich M. 3.25, vierteljährlich M. 9.75
Probenummer kostenfrei u. portofrei.

Welt über 150000 Abonnenten.

Aufruf

zur Bekämpfung der Geschlechts- krankheiten.

Mit der Demobilisierung ist eine erschreckende Vermehrung der Geschlechtskrankheiten eingetreten und es werden die Familien und damit der Gesundheitszustand unseres gesamten Volkes aufs äußerste bedroht. Die energische Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten ist daher dringend erforderlich.

Diese Krankheiten werden nicht nur durch den Geschlechtsverkehr, sondern auch auf mancherlei andere Art verbreitet.

Alle Geschlechtskrankheiten sind sicher heilbar, wenn sie frühzeitig in Behandlung kommen, d. h. früher, als eine Allgemeinerkrankung des Körpers zustande gekommen ist. Es ist daher unbedingt notwendig, daß die Geschlechtskranken möglichst früh in ärztliche Behandlung kommen.

Nur die Ärzte sind imstande, die Geschlechtskrankheiten rechtzeitig zu erkennen und erfolgreich zu behandeln. Man zögere daher nicht, bei verdächtigen Haut- und Schleimhauterkrankungen **sofort einen Arzt um Rat zu fragen.**

Kranken, welche die ärztliche Behandlung nicht bezahlen können, kann kostenfreie ärztliche Behandlung zuteil werden.

Der Vorsitzende des
Kreiskomitees:

Schellen,
Landrat.

Namens der Ärzte von
Limburg und Umgebung:

Der Kreisarzt
Dr. Tenbaum, Medizinalrat.

Schwämme, Fensterleder

Bade-, Kinder-, Fenster-, Wagen- und
Taschenschwämme billigt.

Kleinverkauf. J. Schupp Grossverkauf.
Seilerei. 34
Tel. 277. Limburg, Frankfurterstr. 15. Tel. 277.

Brennholz und Papierholz

kauft laufend jedes Quantum 10(38)

J. Josselowitz, Holzgroßhandlung

Frankfurt a. M., Schillerpl. 5/7.

Arbeitsmarkt.

Für auswärtig werden
gesucht:

Wagner (Kassensmacher und
Scherer),
Schreiner (für erstklassige
fournierte Möbel),
Schmied-Reflektenschmiede
Steinhauer (für Kunststein-
und Marmorarbeiten),
Maurer und Zimmerer,
ungelernte Arbeiter (für
Blechwerk). 5(38)

Kreisarbeitsnachweis
Limburg.

Zuverlässiger, energischer,
älterer **Werkarbeiter** (Auf-
seher) für Blagarbeit, nament-
lich Ausladen gesucht. Selbst-
geschriebene Angebote mit Ein-
zelheiten, Referenzen und An-
sprachen unter Nr. 2(38) an
die Expd. d. Bl.

Jüngerer

Maschinenführer,

der gewandter Zeichner sein
muß, zum sofortigen Eintritt
gesucht.

Ellsenhütte,
16(36 Nassau (Lahn).

Dezimal- Wage,

50 Pfd. wiegend, noch gut
erhalten, zu verkaufen.
Wo, sagt die Expd.

Feldhüter-Anzeigebücher

mit Dienstplanweisung.

Feldhüter-Anzeigeformulare
nach amtlicher Vorschrift

zu haben in der

Preisblatt-Druckerei.

Gegen gute Belohnung!

1 Lege-Gans, weiß mit
grauen Flügeln, gestern an der
Lahn (Erbach) abhanden ge-
kommen. Zweifelhafte Nach-
richten an 9(38)

Frau Pet. Bender Ww.,
Limburg, Brückengasse 3

Früh ringetroffen:

Feinste Kieler Bücklinge,
Geräucherte Makrelen,
Handkäse. 3(38)

Ed. Trombetta Nachf.

Barfüßerstr. 6.

Schreib-

Maschine

neu oder gebrauchte zu kaufen
gesucht.

Angebote unter Nr. 7(36)
an die Geschäftsstelle dieser
Zeitung erbeten.

Brennholz

aller Art,
kauft jedes Quantum 4(38)

Alons Ant. Hilt,
Limburg a. L.

Kino. Neum. 10.

Mittwoch, Donnerstag,
Freitag:

Die goldene Brücke.

Schauspiel in 4 Akten.

Jugendlichen unter 17 Jahren
ist der Eintritt strengstens
untersagt. 6(38)

Eingang nur Neumarkt.

Piano

oder

Harmonium

zu kaufen gesucht.

Angebote unter Nr. 8(36)
an die Geschäftsstelle dieser
Zeitung erbeten.

Das Jahr der Grundsteinlegung

des neuen Vaterlandes ist zu
Ende. Nach dem furchtbaren Zu-
sammenbruch und der taumelnden
Ratlosigkeit der ersten Monate sind
in der Verfassung die Richtlinien
für die Zukunftsfahrt unseres Volkes
niedergelegt worden. Die planvolle
Arbeit hat damit wieder begonnen
und, leiden wir auch noch unter
den Nachwehen des verlorenen
Krieges und der 5 jährigen Hunger-
blockade, so ist doch eine deutliche
Festigung der Verhältnisse, eine Be-
ruhigung im Kampf der Meinungen
eingetreten, die mit dem minmehr

erfolgten Eintritt des Friedenszustandes

schon noch steigern muß. Dann wird
es gelten, raslos Stein für Stein
heranzutragen und theoretisch u. prak-
tisch den Bau zu fördern, der unser
neues Heim werden soll. Hierbei ist
die Mitarbeit gerade der kleinen
Presse unerlässlich. Der

Limburger Anzeiger

hat die schweren Tage der Papier-
not, die ihn unerschuldet getroffen
hatte, überwunden. Er kann nun
wieder in gewohntem Umfang die
durch zahlreiche Leitartikel unter-
stützte politische Benachrichtigung
aufnehmen. Der lokale und pro-
vinzielle Teil wird durch die Ge-
winnung neuer Korrespondenten
weiter ausgebaut. Daneben dient
der Unterhaltung der fortlaufende
spannende Roman. Der amtliche
Teil ist für jeden, der am staats-
bürgerlichen Leben teilnimmt, un-
entbehrlich.

Bestellt den Limburger Anzeiger.

Chiffreanzeigen betr. Verkäufe.

Das neue Umsatzsteuergesetz verpflichtet die Zeitungen
Androhung hoher Geldstrafen, Chiffreanzeigen über Verkäufe
angeboten von Gegenständen, die der erhöhten Umsatzsteuer unter-
liegen (also aller Luxusgegenstände) nur noch zur Veröffentli-
chung unter Chiffre anzunehmen, wenn der Besteller der
Zeitung seine genaue Adresse, Name, Stand, Wohnort und
Straße nennt. Die Zeitungen sind verpflichtet, jede solche
öffentliche Chiffreanzeige der zuständigen Steuerstelle mit der
Adresse des Bestellers sofort zu übermitteln. Das hat zur
Zweck, daß von dem erfolgten Verkauf die Luxussteuer bei
Verkäufers angefordert werden kann. Diese Steuer beträgt 10%.
Die Verkäufer können bei der Festlegung des Verkaufspreises
hierauf Rücksicht nehmen.

Limburger Anzeiger.